

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/6460, 16/6612 –**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Versuch, mit militärischer Gewalt den Terrorismus in Afghanistan zu besiegen und das Land zu stabilisieren, ist gescheitert. Insbesondere in den letzten zwei Jahren hat sich die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert. Die Zahl der Selbstmordanschläge, Attentate und militärischen Angriffe durch Taliban und andere bewaffnete Gruppen steigt. Die von den USA, aber auch der militärischen Führung der NATO, verfolgte Strategie der radikalen „Ausmerzungen“ aller terroristischen Gruppen – unter Inkaufnahme vieler Opfer in der Zivilbevölkerung – hat dazu geführt, dass die auswärtigen Truppen mehr und mehr als Besatzung empfunden werden.
2. Die immer engere Verflechtung des Krieges gegen den Terror, geführt von einer Koalition der Freiwilligen und ohne völkerrechtliche Grundlage, und des UN-mandatierten Truppeneinsatzes unter ISAF hat die völkerrechtliche Grundlage des Militäreinsatzes insgesamt untergraben und den Widerstand in Teilen der afghanischen Bevölkerung gegen die ausländischen Truppen verstärkt. Im Zuge dessen wurde die enge Verbindung zwischen ISAF und OEF-Antiterrorereinsatz erheblich verstärkt. ISAF hat teilweise die Rolle und Vorgehensweise der OEF übernommen; ISAF mutiert so von der ursprünglich vorgesehenen Schutztruppe gerade im Süden und Osten des Landes immer mehr zur Kampftruppe.

3. Die NATO ist nicht in der Lage, eine stabilisierende und konstruktive Rolle beim demokratischen Wiederaufbau Afghanistans zu leisten. Das Militärbündnis ist durch die massiven Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen seiner Mitgliedstaaten im globalen Anti-Terrorkrieg diskreditiert. In Afghanistan setzt die NATO auf militärische Eskalation und es geht ihr immer deutlicher vor allem um die eigene Glaubwürdigkeit als global handlungsfähiges Militärbündnis und nicht um das Schicksal Afghanistans und seiner Menschen.
4. Deutschland unterstützt durch die fortgesetzte Beteiligung an der aus dem Ruder laufenden ISAF-Mission die militärische Eskalationsstrategie der NATO, die zunehmend auch zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage im relativ ruhigen Norden Afghanistans führt. Bereits in der Vergangenheit hat die Bundesregierung jeden Eskalationsschritt der NATO mitgetragen, von der geographischen Ausweitung des ISAF-Mandats seit 2003 bis hin zur Verlegung von Recce-Tornados zum Auftakt der NATO-Frühjahrsoffensive. Gerade die Entsendung der Flugzeuge bedeutet eine neue Qualität der deutschen Beteiligung an den Kämpfen in Afghanistan. Die Tornado-Kampfflugzeuge werden nicht zuletzt über den heftig umkämpften Gebieten in Süd- und Ostafghanistan eingesetzt. Von einer mittelbaren Beteiligung der Bundeswehr an Bombenangriffen mit Todesfolgen ist daher auszugehen. Die Bundesrepublik Deutschland muss jetzt deutlich machen, dass sie ihren Anteil an diesen Militäreinsätzen unverzüglich beenden wird. Damit würde zugleich ein klares politisches Signal an die anderen Staaten gesandt werden, dass auch sie endlich die richtigen Konsequenzen aus der gescheiterten militärischen Strategie ziehen.
5. Der Wiederaufbau Afghanistans wird nicht gelingen solange die anderen NATO-Staaten und Deutschland daran festhalten, Stabilität vor allem mit militärischen Mitteln zu erreichen. Um der afghanischen Bevölkerung tatsächlich eine Friedens- und Entwicklungsperspektive zu verschaffen, ist ein Strategiewechsel dringend notwendig. Es geht um den Auf- und Ausbau einer zivilen Infrastruktur genauso wie darum, die Teilhabe aller Menschen in Afghanistan an politischen Entscheidungen zu ermöglichen und die staatliche Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht der Afghanen zu gewährleisten. Diese Art der Unterstützung und Investitionen kann nur von zivilen Institutionen und Personen geleistet werden – nicht von Streitkräften. Die proklamierten Ziele „Wiederaufbau“, „Demokratisierung“ und „Sicherheit“ sind durch eine enge Verzahnung von Militär und ziviler Hilfe nicht zu erreichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das ISAF-Mandat nicht zu verlängern und unverzüglich mit dem Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan zu beginnen.

Berlin, den 9. Oktober 2007

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**